



EUROPÄISCHES PARLAMENT

■ EUROPÄISCHES PARLAMENT
ASP 12 G 201, Rue Wiertz
B-1047 Bruxelles
Telefon +32 (0)2.28-47555
Fax +32 (0)2.28-49555
bernd.lange@europarl.europa.eu

■ EUROPABÜRO
Odeonstraße 15/16
D-30159 Hannover
Telefon +49 (0)511.1674-210
Fax +49 (0)511.1674-262
mail@bernd-lange.de

■ www.bernd-lange.de

CETA auf der Zielgraden

1) Das Europäische Parlament hat intensiv gearbeitet

Das Europäische Parlament hat den Verhandlungsprozess zu CETA intensiv begleitet und maßgeblich mitgestaltet. Die vom Handelsausschuss (INTA) eingesetzte Monitoring-Gruppe hat seit 2012 12 Mal getagt. Des Weiteren fanden 9 Aussprachen und 3 Workshops im INTA sowie eine Aussprache mit nationalen Parlamenten statt. Zwei INTA-Delegationen reisten nach Kanada zu Gesprächen vor Ort. Zudem hat der INTA 2 Rechtsgutachten eingeholt und diverse Studien in Auftrag gegeben.

Natürlich wurden zudem auch intensive Beratungen in anderen Ausschüssen des Europäischen Parlamentes durchgeführt. Durch diese umfänglichen Beratungen sind viele Aspekte des Abkommens im Sinnen der Bürger_innen gestaltet worden. Es sind zudem Anforderungen formuliert, die nach Fertigstellung des Textes im Februar 2016 eingebracht und umgesetzt wurden.

Der INTA-Ausschuss hat am 24.01.2017 für den Bericht zum EU-Kanada-Abkommen CETA gestimmt und sich damit für eine Zustimmung des Parlaments zu dem Vertrag ausgesprochen.

Das Abkommen wird EU-Unternehmen und insbesondere Klein- und Mittelbetrieben mehr und bessere Geschäftsmöglichkeiten in Kanada eröffnen. Zölle und Grenzschwierigkeiten werden beseitigt, Doppelzertifizierungen und bürokratische Barrieren abgebaut und bei öffentlichen Aufträgen ein partnerschaftlicher Zugang unter Respektierung von z.B. Tariftreuerregeln vereinbart. Dienstleistungsangebote werden in einigen Bereichen möglich, das Verbot illegaler Nachahmung von EU-Innovationen und der Schutz geistigen Eigentums ist vereinbart und traditionelle Erzeugnisse stehen unter Schutz. Des Weiteren gibt es klare Vereinbarungen zum Verbraucherschutz, zur Nachhaltigkeit und zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten.

2) Sozialdemokratische Erfolge

Auf sozialdemokratischen Druck hin gibt es viele entscheidende Punkte in CETA, die Ausdruck einer fortschrittlichen europäischen Handelspolitik sind. Sie bieten wichtige Grundlagen, um Globalisierung in geordnete Bahnen zu lenken. Andere Parteien und Fraktionen haben sich ohne tiefgreifende Analyse frühzeitig aus ideologischen Gründen auf ein „Ja“ oder „Nein“ zum Vertrag festgelegt. Die Sozialdemokrat_innen haben sich hingegen auf vielen Ebenen mit den Details des Abkommens auseinandergesetzt und in ihrer ganzen Breite debattiert, auf Reformen gedrängt und diese auch durchgesetzt:

- Es hat eine Vielzahl von Klarstellungen und Verabredungen für das weitere Vorgehen gegeben, die volle Rechtskraft und verbindlichen Charakter haben.
- Statt intransparenter privater Schiedsstellen (ISDS) sollen unabhängige, unparteiische öffentlich-rechtliche Gerichtshöfe mit Revisionsinstanz über Investitionsstreitigkeiten entscheiden. Bei der Auswahl der Schiedsrichter, die absolut unabhängig und unparteilich sein sowie höchste Kompetenz haben müssen, haben Sozialdemokrat_innen ein Mitspracherecht für das Europaparlament durchgesetzt.
- Das gemeinsame Ziel dieser Anstrengungen ist die Einrichtung eines internationalen Investitionsgerichtshofes, um so neue Maßstäbe für faire globale Handelsbeziehungen zu setzen.
- Ausländische Investoren werden gegenüber einheimischen Investoren nicht begünstigt.
- Gewinneinbrüche oder nicht erfüllte Erwartungen eines Investors, auch wenn sie durch die Politik verursacht worden (z.B. durch Änderung von Gesetzen/Regelungen) sind kein Klagegrund.
- Arbeitnehmerrechte sind ein wichtiger Teil des Abkommens: Kanada hat als Vertragspartner der EU mittlerweile sieben der grundlegenden Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert (ILO) und sich bindend verpflichtet, die einzige verbleibende Konvention bis spätestens Mitte 2017 zu ratifizieren. Im weiteren Ratifizierungs- und Revisionsprozess haben die Sozialdemokrat_innen den Prozess eingeleitet, um die Durchsetzung der Nachhaltigkeitsbestimmungen weiter zu stärken.
- Das Arbeitsrecht darf nicht gelockert werden, um Handel Impulse zu verleihen oder Investitionen anzuziehen. Regierungen können im Falle eines Verstoßes gegen diese Verpflichtung Gegenmaßnahmen ergreifen, ungeachtet der Frage, ob dadurch die Erwartungen oder die Gewinne der Investoren negativ beeinflusst werden.
- Vom Vorsorgeprinzip der Europäischen Union darf im Rahmen des CETA-Abkommens in keiner Weise abgewichen werden. Dies ist erstmalig im Rahmen eines Handelsabkommens ausdrücklich bekräftigt worden. Durch CETA werden weder mit künstlichen Hormonen erzeugtes Rindfleisch, noch gentechnisch veränderte Produkte Einzug in die EU erhalten.
- CETA muss sich an den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens und der globalen Nachhaltigkeitsziele orientieren. Der Vertrag enthält unter anderem Verpflichtungen in Bezug auf ein nachhaltiges Fischerei- und Aquakulturmanagement, ebenso wie Verpflichtungen zur Zusammenarbeit bei handelsbezogenen Umweltfragen.
- Die EU-Mitgliedstaaten haben zum Schutz der Daseinsvorsorge völlige Freiheit zu definieren, welche Dienste als öffentliche Dienstleistung gelten.
- Das System der Investitionsgerichtsbarkeit gilt nicht für Bestimmungen über den Marktzugang von Dienstleistungen.
- Die Rekommunalisierung von Diensten wird in keiner Weise eingeschränkt.
- Die Daseinsvorsorge steht unter Schutz.

Damit sind die Forderungen des SPD Parteikonvents vom 19. September 2016 weitestgehend umgesetzt worden (siehe Anlage).

3) Die Arbeit ist noch nicht zu Ende

Parallel zur Abstimmung über das CETA-Abkommen wird das Europäische Parlament auch eine Resolution mit Forderungen zu einzelnen Aspekten der Umsetzung des Abkommens erarbeiten. Die Sozialdemokrat_innen werden sich in diesem Text etwa für eine zeitige Überprüfung und effektive Umsetzung des Nachhaltigkeitskapitels, für die Mitsprache des Europäischen Parlaments bei der weiteren Ausgestaltung des Investitionsgerichtssystems sowie für eine detaillierte Überwachung der Effekte des Abkommens auf Drittstaaten stark machen. Teile des Abkommens, die nicht europäische Zuständigkeit betreffen, werden nach der Entscheidung des Europäischen Parlamentes nicht vorläufig angewandt, sondern erst dann in Kraft treten, wenn die nationalen Parlamente beraten und

entschieden haben. Dazu gehört auch der Investitionsgerichtshof. Hier ist Raum, das neue Instrument weiterzuentwickeln, zu schärfen und ggf. zu verbessern.

Das Europäische Parlament wird die Umsetzung von CETA genau überwachen und dabei von den Rechten, die aus dem Abkommen zwischen den europäischen Institutionen zur Überprüfung von Handelsabkommen entspringen, in vollem Umfang Gebrauch machen.

4) Der globale Kontext

Kanada ist einer der engsten wirtschaftlichen und politischen Partner der EU weltweit. Es ist eine weltoffene Demokratie getragen von Werten, die den europäischen sehr ähnlich sind und wird zurzeit von einer außergewöhnlich progressiven Regierung geführt. Viele politische Initiativen auf internationaler Ebene werden gemeinsam getragen.

Das bereits bestehende bilaterale Handelsabkommen stammt aus dem Jahr 1976. Darauf aufbauend sind eine Vielzahl an bilateralen Übereinkünften (z.B. die Sicherung von Standards, zur Kooperation u.v.m.) geschlossen worden, welche allesamt Eingang in CETA gefunden haben.

CETA setzt einen klaren Wegweiser für zukünftige EU-Abkommen. Es gibt sowohl ein eindeutiges Bekenntnis zur den global gültigen WTO-Regelungen als auch die Vereinbarung gemeinsam weltweit aktiv zu werden (z.B. bei der Schaffung eines echten multilateralen Investitionsgerichtshofes oder beim Abbau von Agrarsubventionen). Die EU und Kanada haben bereits auf mehreren internationalen Foren ihr Konzept eines multilateralen Investitionsgerichtshofes vorgestellt und für dieses geworben.

Der neue US- Präsident Trump fährt hingegen einen stramm nationalistischen und protektionistischen Kurs welcher keinen Platz für eine regelbasierte Gestaltung der Globalisierung lässt. Diese ist aber wirtschaftlich wie auch politisch gerade für Deutschland unverzichtbar, um über Gestaltungsraum für eine gerechte Politik zu verfügen. Trump stellt die Grundlagen des Welthandels bis hin zu einem Austritt der USA aus WTO in Frage. Er will keine global geltenden Regeln aufstellen, sondern das Recht des Stärkeren durchsetzen. Hier gilt es, einen Gegenpol zu etablieren. Die EU ist gefordert, deutlich zu machen, dass wir für eine wertebasierte Politik stehen die faire Regeln für alle Beteiligten und Betroffenen etabliert.

Kanada wird stark von der Trump'schen Politik beeinflusst werden, ist dieser quasi fast ausgeliefert, so dass hier ein großes Interesse an einer fairen Partnerschaft mit der EU besteht. CETA würde also nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Partnerschaft weiter stärken.

Bernd Lange, 31.01.2017